



Genossenschaft von Unten

eine Initiative von Mitgliedern Berliner Wohnungsgenossenschaften

GENOSSENSCHAFT VON UNTEN c/o Wolfgang
Fabricius · Ruhlebener Straße 139 i · 13597 Berlin

Tel. 030.23136276
www.genossenschaft-von-unten.eu

Wohnungsbau-Verein Neukölln eG

Vorstand

Herrn Falko Rügler

Herrn Uwe Springer

Spinozastraße 7/9

12163 Berlin

12. Januar 2016

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Rügler, sehr geehrter Herr Springer,

Sie beabsichtigen, die Häuser in der Heidelberger Straße 15 bis 18 abzureißen und an ihrer Stelle Neubauten mit teureren Wohnungen zu errichten. Auf Ihr Drängen hin ist ein großer Teil der Baugenossen bereits ausgezogen. Auch die noch verbliebenen Mieter werden von Ihnen gedrängt auszuziehen, obwohl sie in ihren Wohnungen bleiben wollen. Versteckt oder offen wird ihnen mit Kündigung gedroht.

Wir halten Ihr Vorhaben für falsch, für unsozial und unsolidarisch. Über Ihren Plan wurden die Mitglieder der Genossenschaft nicht gefragt, sondern ihm liegt ein Beschluss des Vorstands zugrunde. Angesichts der Mietpreistreiberei privater Vermieter, begünstigt durch den Verkauf einer großen Zahl städtischer Wohnungen, werden in Berlin dringend preiswerte Wohnungen gebraucht, um einkommensschwache Schichten der Bevölkerung mit erschwinglichen Wohnungen versorgen zu können. In diese Richtung zielt auch die Wohnungspolitik des Senats von Berlin.

Aktuell wird die Lage noch verschärft durch die massenhafte Zuwanderung von Flüchtlingen, allein in Berlin im Jahre 2015 80 000. Diese sind provisorisch in Notunterkünften untergebracht. Sie brauchen aber feste Wohnungen. Insbesondere Familien mit kleinen Kindern brauchen Wohnungen, die die nötige Hygiene gewährleisten. Dafür sind die leerstehenden Wohnungen in der Heidelberger Straße gut geeignet. Nach unserer Kenntnis stehen dort mehr als 60 Wohnungen leer, die kurzfristig eingerichtet werden können.

Wir haben bereits mit Schreiben vom 30. Oktober 2015 an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Dr. Joswig, vorgeschlagen, in die freien Wohnungen Flüchtlinge aufzunehmen. Das Schreiben wurde nicht beantwortet.

Wir appellieren an Sie und an den Aufsichtsrat des WBV, den Beschluss zum Abriss der Häuser in der Heidelberger Straße zurückzunehmen und die freien Wohnungen umgehend dem Senat von Berlin bzw. dem Landesamt für Gesundheit und Soziales zur vorübergehenden Belegung mit Flüchtlingen anzubieten.

Wir sind der Meinung, dass niemand den Abriss von Wohnungen verantworten kann, während Menschen, die vor Krieg und Hunger geflohen sind, dringend Wohnungen brauchen. Wir glauben auch, dass es die soziale und humanitäre Pflicht einer Baugenossenschaft ist, Menschen in Not zu helfen.

Üben Sie Solidarität! Helfen Sie!

Mit freundlichen Grüßen

für die Initiative »Genossenschaft von unten«

Dr. Wolfgang Fabricius